

Rede Flüchtlingsrat Afghanistan-Demo, 11.09.2021

In Afghanistan mussten wir ein unglaubliches Versagen der Bundesregierung erleben, für das den Preis zahlreiche Afghaninnen und Afghanen zahlen müssen. Die Bundesregierung war vielleicht unfähig, die Entwicklung in Afghanistan zur Kenntnis zu nehmen, vielleicht hat sie die Lage aber auch bewusst beschönigt.

Bereits Anfang Mai haben mehrere NGOs wie z.B. die Flüchtlingsräte und Pro Asyl die Evakuierung und Aufnahme der Ortskräfte und anderer gefährdeter Personen gefordert und zudem einen generellen Abschiebungsstopp nach Afghanistan verlangt. Aber diese Forderungen wurden rigoros zurückgewiesen. Das Bundesinnenministerium hat stattdessen die Aufnahme gefährdeter Afghaninnen und Afghanen verzögert und versucht, die Zahl der Menschen so gering wie möglich zu halten. Die Ortskräfte und andere Menschen, die sich auf den Schutz der Bundesregierung verlassen haben, wurden im Stich gelassen.

Und ein Abschiebungsstopp wurde vom Bundesinnenminister noch im August zurückgewiesen, wobei sich in verantwortungsloser Weise auf einen ganz offensichtlich längst nicht mehr aktuellen, die Lage verharmlosenden Bericht des Auswärtigen Amtes berufen wurde. Noch eine Woche, bevor die Taliban Kabul einnahmen, zu einem Zeitpunkt also, als der Zusammenbruch der afghanischen Regierung absolut absehbar war, hat Bundesinnenminister Seehofer daran festgehalten, Abschiebungen nach Afghanistan durchführen zu wollen.

Es kann nicht sein, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wie allen voran die „Kabul Luftbrücke“, denen es zu verdanken ist, dass 200 Personen aus Afghanistan gerettet werden konnten oder das Patenschaftsnetzwerk für die afghanischen Ortskräfte, dieses Versagen der Bundesregierung und der zuständigen Behörden kompensieren müssen.

Dieses Versagen fügt sich ein in eine zynische Politik, die Schutz suchende Menschen in erster Linie als Bedrohung betrachtet und mit allen Mitteln darauf bedacht ist, diese Menschen von Europa und Deutschland fern zu halten. Symbolhaft dafür dürfte aktuell die Situation der 32 afghanischen Geflüchteten an der Grenze zwischen Polen und Belarus stehen, die am Grenzübergang gehindert und ihrem Schicksal überlassen werden, während vor ihren Augen ein Stacheldrahtzaun gezogen wird.

Das Gerede von Menschenrechten klingt da nur noch hohl ist. Falls Menschenrechte jemals ein Maßstab politischen Handelns waren, dann dürfte spätestens jetzt allen klar sein, dass sie es nicht mehr sind.

Schlimmer noch: Mit der Neuauflage des Mantras „2015 darf sich nicht wiederholen“, beschwören manche Politiker:innen aus den Regierungsparteien wieder ein Bedrohungsszenario, um auf dem Rücken Schutz suchender Menschen eine autoritäre Politik zu praktizieren. Dass gleichzeitig das Versagen in Afghanistan als Begründung genutzt wird, um die Aufrüstung der Bundeswehr zu fordern, obgleich nicht die Ausstattung der Bundeswehr als vielmehr der mangelnde politische Wille das Evakuierungsdebakel verursacht hat, passt da durchaus in die Linie.

Als antirassistische Zivilgesellschaft müssen wir gegen dieses rassistische Bedrohungsszenario und gegen diese autoritäre Politik ankämpfen. Wir müssen uns solidarisch zeigen mit den Menschen, die Schutz suchen. Wir müssen solidarisch sein mit den Menschen die vor dem Talibanregime fliehen. Unsere Solidarität und unser größter Respekt muss zudem selbstverständlich den Menschen in Afghanistan gelten, allen voran den Frauen, die dort auf die Straße gehen und unglaublich mutig für ihre Rechte und ihre Freiheit protestieren. Wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht in Vergessenheit geraten.

Solidarität heißt für uns als antirassistische Zivilgesellschaft auch, dass wir uns mit allem Nachdruck gegenüber der Bundesregierung und der Landesregierung für die Aufnahmen und den Schutz von möglichst vielen Afghaninnen und Afghanen einsetzen müssen.

- Die Bundesregierung muss alles daran setzen, um die weitere Ausreise gefährdeter Menschen aus Afghanistan zu erreichen. Es muss weiterhin Aufnahmezusagen der Bundesregierung für besonders gefährdete Personen geben.
- Wir brauchen jetzt großzügiges Aufnahmeprogramme der Bundesregierung für Afghaninnen und Afghanen, die sich in den Nachbarstaaten befinden oder direkt aus Afghanistan ausreisen können. Die Bundesregierung muss darüber hinaus Afghaninnen und Afghanen bei den UN-Resettlement-Programmen berücksichtigen.
- Es muss ein unkomplizierter, großzügiger und schneller Nachzug von Familienangehörigen ermöglicht werden.
- Die Landesregierung sollte ergänzend ein eigenes Aufnahmeprogramm auflegen, um z.B. auch Angehörige, die nicht zur Kernfamilie gehören, aber ebenfalls gefährdet sind, Schutz zu geben.
- Wir brauchen einen sofortigen generellen Abschiebungsstopp und Bleiberecht für alle Afghaninnen und Afghanen in Deutschland

Solidarität mit der afghanischen Zivilbevölkerung – Leave No One Behind!